



## #Don't Forget Afghanistan !

### Demonstration und Aktionscamp vom 13.-15. August 2022

Am 15. August dieses Jahres jährt sich die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Menschenrechtsaktivist\*innen, Journalist\*innen, sogenannte Ortskräfte, die gesamte afghanische Zivilbevölkerung wurden im Stich gelassen.

**Gemeinsam mit einem breiten Bündnis von Betroffenen, afghanischen Organisationen, Initiativen und Unterstützer\*innen, ruft der Bundesfachverband umF e.V. zur einer zentralen Großdemonstration des Netzwerks der Kampagne #dontforgetafghanistan am 13. August 2022 auf, um die Aufnahme und ein sicheres Bleiberecht aller vor Menschenrechtsverletzungen bedrohter Afghan\*innen einzufordern.**

Beginn: Samstag, 13.08.2022 | Start: 14.00 h vor dem Auswärtigen Amt, Werderscher Markt 1 |  
Ende: 18.00h vor dem Bundeskanzleramt.

Nach der Demo startet unser ►Protestcamp vom 13.08. | 18 h – 15.08.2022 | 10 h  
(Ort wird noch bekanntgegeben, achtet auf die Ankündigungen!)

**Vom 13. -15.08.2022 planen wir – das Netzwerk der Kampagne #dontforgetafghanistan – ein Protestcamp und eine Großdemonstration, die Menschen aus ganz Deutschland nach Berlin mobilisieren soll.**

**Es ist genau ein Jahr her, dass die Taliban Kabul eingenommen haben, doch das Schicksal der afghanischen Bevölkerung sowie der aus Afghanistan geflüchteten Menschen ist weitgehend in Vergessenheit geraten, egal ob sie sich in den Nachbarländern Afghanistans aufhalten oder an den Innen- und Außengrenzen der EU.**

Die Taliban haben in Afghanistan ein Terrorregime errichtet, ehemalige Mitarbeiter\*innen westlicher Organisationen und der afghanischen Regierung, Menschenrechtsaktivist\*innen, Frauen und Mädchen, Angehörige der LGBTQ+ Community und anderer Minderheiten müssen um ihr Leben fürchten. Ausrüstung und Waffen im Wert von Milliarden von Dollar wurden den Taliban von der NATO überlassen, die das Material nun gegen die zivile Gesellschaft vor allem friedliche Demonstranten so wie bei Hausdurchsuchungen der Bürger\*Innen eingesetzt. Verlassene Häuser

und ganze Landstriche, deren Bewohner\*innen in ihrer Not Sicherheit suchten. Ein Jahr ist vergangen, und noch immer warten Zehntausende auf ihre Evakuierung. Ein Jahr lang stehen unzählige Namen auf Sicherheitslisten. Ein Jahr, in dem das Regime nicht anerkannt wird, ohne dass sich der Asylstatus der afghanischen Asylbewerber ändert. 365Tage, in denen Mädchen nicht zur Schule gehen und Frauen systematisch aus der Öffentlichkeit verschwinden. 12 Monate, in denen die Lebensmittelknappheit immer weiter zunimmt, in denen Menschen keinen Zugang zu ihrem





eigenen Geld haben, da dieses durch die US-Regierung unter Joe Biden eingefroren wurde, während 98 % der Bevölkerung vor dem Hungertod stehen. Tagtäglich werden Felder ausgebeutet, Häuser geräumt, Essen von den Taliban gestohlen und Hilfsaktionen verhindert - alles unter den Augen der NATO-Mitgliedsstaaten. Dies zwingt die Menschen zu verzweifelten Maßnahmen wie dem Verkauf ihrer Organe, sich selbst und ihrer Kinder. 365 Tage lang wird uns gesagt, dass wir Geduld haben sollen, während Menschen unterdrückt, vergewaltigt, gefoltert und ermordet werden. In Qatar, dem Ort, an dem die Taliban ihre Headquarters haben, wurde das Qatar Peace Agreement im Jahr 2013 angefangen zwischen der Taliban-Terroristengruppe und den NATO-Mitgliedstaaten, den Golfstaaten, Pakistan jedoch ohne Repräsentant\*innen der afghanischen Bevölkerung oder Regierung und somit das Schicksal der afghanischen Bevölkerung beschlossen. Es ist eine Schande, dass auch ein Jahr nach der Machtübergabe an die Taliban nur ein Bruchteil der Menschen evakuiert wurde, während sich andere die wegen ihrer Arbeit für die NATO, die Bundeswehr, die GIZ oder andere deutsche Organisationen und ihre Subunternehmen in Lebensgefahr sind und seit Monaten versteckt halten müssen. Sie werden von der deutschen Regierung elendig im Stich gelassen. Unerträglich sind auch die langen Wartezeiten für den Nachzug von Familienmitgliedern von Afghan\*innen, die

bereits in Deutschland leben. Die Steuerzahler der NATO-Staaten verlangen Rechenschaft und Antworten. 20 Jahre „Engagement“ endeten mit einer verantwortungslosen Evakuierung, bei der es den Anschein hatte, dass die Leben der afghanischen Menschen nicht die gleiche Priorität hatten wie z.B. der Alkohol von der deutschen Botschaft und der deutschen Bundeswehr. Afghan\*innen auf der Flucht erleben täglich Menschenrechtsverletzungen. Ob in den Nachbarländern Afghanistans, der Türkei, den griechischen Inseln, auf der Balkanroute oder an den Grenzen der EU, so wie nachdem Ankommen und bei der Beantragung von Asyl - Afghan\*innen werden misshandelt, missbraucht, gepushbackt, geschlagen, vergewaltigt, rassistisch beleidigt und sogar umgebracht. Auch hier in Deutschland werden ihre Rechte missachtet. Jahrelang warten Afghan\*innen auf Entscheidungen über ihre Asylanträge und ihre Folgeanträge oder haben lediglich eine Duldung – oftmals mit Ausbildungs- und Arbeitsverbot. Statt dem vollen Flüchtlingsstatus bekommen Geflüchtete aus Afghanistan i.d.R. nun lediglich ein Abschiebeverbot, mit dem der Familiennachzug kaum möglich ist. Weil die Menschen im Krieg aufgewachsen sind, hatten viele keinen Zugang zu Bildung, und auch hier in Deutschland wird ihnen der Zugang zu Deutschkursen oder einer Ausbildung verwehrt. Im Niedriglohnsektor, durch Zeitarbeitsfirmen wird nun ihre Arbeitskraft ausgebeutet.

**Wir haben gekämpft, wir haben uns gequält, wir haben nächtelang nicht geschlafen und immer wieder wurden wir blockiert und unsere Rechte verletzt. Die Realität, dass die Prozesse der Evakuierungen gefährdeten Afghan\*innen schwieriger ist als die Machtübergabe der Taliban, nehmen wir nicht länger hin! Wir vom Bündnis #dontforgetafghanistan fordern:**

- zügige unbürokratische Asyl-Folge-Anträge!
- Anerkennung aller afghanischen Menschen zum § 23 Abs.1 & 2 !
- keine Nachweise von deutschen Sprachzertifikaten beim Familiennachzug aus Afghanistan!
- Evakuierung aller hinterlassener Ortskräfte/ Ladenbesitzer des Marmal-Camp!
- die schnelle und unbürokratische Evakuierung aller gefährdeter Personen und ihrer Familienmitglieder!
- Für die Hungersnotkrise in Afghanistan nachhaltige Verantwortung übernehmen!
- Keine Anerkennung für das Taliban Regime und keine finanziellen Kooperationen mit ihnen!
- Sichere Fluchtwege und Verantwortung des Involvements der Nachbarländer!



BumF

Bundesfachverband  
unbegleitete  
minderjährige  
Flüchtlinge

PRESSEMITTEILUNG

Alle Berliner Aktivist\*innen stehen euch zur Verfügung. Es gibt Workshops, Erfahrungsaustausche, Diskussionen mit Expert\*innen, Redebeiträge sowie künstlerische Vorführungen und Berichte von Aktiven außerhalb Berlins. Dazu organisieren wir Essen und Livemusik.

Wir wollen einen Ort schaffen, um eine bundesweite Vernetzung aufzubauen und laden euch alle ein, diesen Schritt zusammen zu gehen.

**Lasst uns gemeinsam die Stimme erheben und Gerechtigkeit für afghanischen Menschen fordern, die seit Jahren Gewalt erfahren haben!**

**Verfasser\*innen:**

Ahmad und Abu, Sprecher der sogenannten Subunternehmer\*innen und die Ladenbesitzer aus der Marmal-Camp Zentrale der Bundeswehr in Afghanistan und das Bündnis #dontforgetafghanistan

**Wir werden in unserem Aufruf unterstützt durch folgende Organisationen:**

PRO ASYL \* Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. \* Jugendliche ohne Grenzen \* Seebrücke \* Kabul Luftbrücke \* BumF e.V. \* terre des hommes \* Afghanistan Not Safe Köln Bonn \* Afghanischer Aufschrei und Nedaje Afghan Düsseldorf \* OMAS GEGEN RECHTS \* European Organization for Integration \* Asmara'sWorld e.V. \* fördern und wohnen \* BBZ - Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant\*innen \* Move e.V. \* Afghanisches Zentrum Erfurt e.V. \* Together we are Bremen \* Afghanisches Kommunikations- und Kulturzentrum Berlin-Hamburg \* Fridays for Future \* International Rescue Committee Deutschland (IRC) \* Lager-Watch Thüringen \* Soli-Asyl Thüringen \* ABA (Aktionsbündnis Antira Berlin) \* We'll Come United \* Afghanisch-Deutscher Förderverein für Bildung, Gesundheit und Handwerk \* Frauen Organisation 8.März (Iran-Afghanistan) \* Simorgh e.V. \* Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V. \* Flüchtlingsrat Bremen \* Bayerischer Flüchtlingsrat \* Flüchtlingsrat Berlin e.V. \* Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. \* Flüchtlingsrat RLP e.V. \* Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. \* Flüchtlingsrat Brandenburg \* Flüchtlingsrat Hamburg \* Flüchtlingsrat MV e.V. \* Flüchtlingsrat Thüringen e.V. \* Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

